



Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler trauert

An dieser Stelle habe ich die traurige Pflicht Ihnen mitzuteilen, dass Frau Christine Baumdick plötzlich und unerwartet in der Sommerpause verstorben ist. Sie hatte sich gerade sehr gut in das neue Aufgabenfeld eingearbeitet, ihre Informationsnetze geknüpft und wie man merken konnte, „Feuer gefangen“. Umso sprachloser waren wir, als wir von ihrem plötzlichen Tod erfuhren. Unser Mitgefühl gilt den Eltern. Wir sind Christine Baumdick dankbar für ihre Arbeit und werden stets in Erinnerung behalten, wie engagiert sie sich in die Arbeitsgruppe eingebracht hat.

Jochen-Konrad Fromme MdB



Christine Baumdick

Christine Baumdick wurde am 16. September 1964 in Düsseldorf geboren. Nach dem juristischen Studium in Heidelberg und dem Referendariat legte sie ihr 2. Staatsexamen in Stuttgart ab. Danach arbeitete Frau Baumdick in verschiedenen Fachbereichen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern. 2002 Abordnung zur Europäischen Koordinierungsgruppe des Auswärtigen Amtes. Bis zu ihrem Wechsel zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion war Frau Baumdick innenpolitische Referentin bei der Landesvertretung des Freistaates Sachsen beim Bund.

Nachruf

Am 12. August 2008 verstarb

Frau Christine Baumdick

im Alter von 43 Jahren.

Frau Baumdick war als Referentin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler tätig.

Frau Baumdick war eine qualifizierte, engagierte und hoch geschätzte Kollegin.

Wir betrauern ihren plötzlichen, allzu frühen Tod und werden sie in guter Erinnerung behalten.

CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Volker Kauder MdB
Fraktionsvorsitzender

Elke Wisomiersky
Vorsitzende des Personalrates

INHALT

SEITE 3
58 JAHRE CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

Heribert Rech MdL

SEITE 5
„STIFTUNG FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG IST ZU BEGRÜßEN“

Jochen-Konrad Fromme MdB

Seite 7
BUNDESKANZLERIN DR. ANGELA MERKEL ERHÄLT IN BRESLAU EHRENDOKTORWÜRDE

SEITE 8
VERANSTALTUNGSREIHE „LANGE SCHATTEN“ WIRD FORTGESETZT

Sven Oole

Neuer Referent in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Von Jochen-Konrad Fromme MdB

Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler begrüßte am 15. September 2008 Herrn Sven Oole herzlich als neuen Referenten.

Herr Oole wurde am 2. Oktober 1970 in Hamburg geboren. Studium der Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaften in Göttingen und Berlin, wo er Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Zeitgeschichte von Prof. Dr. Arnulf Baring, Friedrich-Meinecke-Institut, war. Herr Oole arbeitete dort als Organisator sowie Seminar- und Tagungsleiter von Exkursionen nach Osteuropa (in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung), an denen neben Studenten auch Journalisten und Nachwuchspolitiker teilnahmen.

Im Studium begann sich Herr Oole mit seiner Familiengeschichte auseinanderzusetzen, da seine Großmutter väterlicherseits aus Reval stammte und im Winter 1945 mit ihren beiden Kleinkindern über die Ostsee floh.

In seiner Magisterarbeit untersuchte Herr Oole die Entstehungsgeschichte und politischen Hintergründe des Standardwerkes „Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“.

Es folgten mehrere Jahre journalistischer Tätigkeit, u.a. als

verantwortlicher Redakteur im Ressort Zeitgeschichte der Yomiuri Shimbun, Japans größter und renommierter Tageszeitung, und als freier Autor mit Schwerpunktthemen Transformationsprozesse und deutsche Minderheiten in Osteuropa, speziell in der Ukraine. Anschließend war Herr Oole als Projektleiter beim BdV-Frauenverband tätig



Sven Oole

und konzipierte die Berliner Veranstaltungsreihe „Lange Schatten“ mit, welche ein bundesweites Echo fand und die im Oktober 2008 fortgesetzt wird. Darauf trat Herr Oole in die CDU/CSU-Bundtagsfraktion als Referent der AG Menschenrechte ein, für die Herr Oole ebenfalls arbeitet.

Wir wünschen Herrn Oole für seine neue Aufgabe Gestaltungskraft und viel Erfolg!

Studie setzt Signal, das Fachkräftepotential von Spätaussiedlern zu nutzen

Jochen-Konrad Fromme MdB anlässlich der Vorstellung der Studie „Gründe für die Auswanderung von Fach- und Führungskräften aus Wirtschaft und Wissenschaft“

Die Studie belegt, dass allein 84 Prozent der ausgewanderten männlichen Fachkräfte Akademiker sind; 21 Prozent der befragten Auswanderer kommen aus Berufsgruppen, die heute schon vom Fachkräftemangel betroffen sind. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, das bislang unzureichend genutzte Potential von ca. 220.000 in Deutschland lebenden hochqualifizierten Spätaussiedlern dem Arbeitsmarkt zu erschließen. Aufgrund der restriktiven und wenig transparenten Anerkennungsverfahren sind viele von ihnen nicht oder nur unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt.

Obwohl sie in Deutschland leben, können sie zudem nicht von den EU-Richtlinien profitieren, welche die Möglichkeiten der Anerkennung immer weiter verbessert haben. Die Einbezie-

hung der Bewertung der Berufserfahrung, das ausdifferenzierte System der Teilerkennung und die Nutzung von Anpassungsmaßnahmen sind ihnen nicht zugänglich. Häufig bleiben sie trotz mehrerer deutscher Weiterbildungsmaßnahmen ohne ein qualifiziertes Arbeitsangebot. Hinzu kommen oft Vorurteile der Arbeitgeber gegen nicht-deutsche Abschlüsse.

Die CDU/CSU-Bundtagsfraktion hat in ihrem Positionspapier zum Nationalen Integrationsplan wichtige Ansätze für einen verbesserten Zugang von Zuwanderern mit akademischem Hintergrund in den Arbeitsmarkt geliefert. Die Möglichkeiten, fehlende Qualifikationsbestandteile nachzuholen, müssen ausgebaut, Anerkennungsverfahren transparenter und vorhandene Potentiale genutzt werden.

Aktionsprogramm zur Sicherung der Fachkräftebasis ist ein Schritt in die richtige Richtung

Jochen-Konrad Fromme MdB zum Kabinettsbeschluss des Aktionsprogramms der Bundesregierung – Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland

Mit dem vom Bundeskabinett beschlossenen Aktionsprogramm der Bundesregierung wird der Beschluss der Kabinettsklausur in Meseberg vom 23./24. August letzten Jahres aufgegriffen, in dem sich die Bundesregierung selbst verpflichtete, alles daran zu setzen, das heimische Potential an Qualifikationen auszuschöpfen.

Das vorgesehene Maßnahmenpaket wird – flankiert durch den Nationalen Integrationsplan – einen Beitrag dazu leisten, dass in Deutschland lebende Spätaussiedler und Zuwanderer die Möglichkeiten erhalten, ihr vorhandenes Potential besser einzusetzen. Dies ist auch dringend erforderlich. Es kann und darf nicht sein, dass in Deutschland nahezu 220.000 hochqualifizierte Spätaussiedler Tätigkeiten weit unter ihrem Niveau ausüben müssen. Das kann sich Deutschland im

internationalen Wettbewerb und mit Blick auf die demografische Entwicklung nicht leisten.

Eines kann das Aktionsprogramm der Bundesregierung leider nicht leisten – das Auflösen des kaum zu durchdringenden Labyrinths der zuständigen Stellen für die Berufsanerkennung. Auch hier müssen dringend Lösungen gefunden und umgesetzt werden.



Jochen-Konrad Fromme MdB

58 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Innenminister Heribert Rech: „Vertreibung weltweit ächten und für die Verständigung der Völker eintreten“

„Flucht und Vertreibung sind auch im 21. Jahrhundert bestimmende Themen der Weltpolitik. Es bleibt Aufgabe aller politischen Kräfte und unserer Gesellschaft, Vertreibung weltweit zu ächten und für die Verständigung der Völker einzutreten.“ Das sagte Innenminister Heribert Rech am Dienstag, 5. August 2008, bei der Feierstunde zum 58. Jahrestag der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ im Ehrenhof des Neuen Schlosses in Stuttgart. Wer dieses Ziel verfolge, könne den Mut und die Weitsicht der Menschen nur bewundern, die 1950 die Charta verabschiedet hätten.

Die Charta enthalte drei zentrale Appelle, die an die Heimatvertriebenen, an den Staat und an die Völker Europas gerichtet seien. Der erste Appell sei, dass sich die Heimatvertriebenen aktiv am Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands beteiligen sollten. „Dabei haben die Heimatvertriebenen entscheidend zu dem beigetragen, was wir heute als Wirtschaftswunder bezeichnen“, sagte der Innenminister. Der zweite Appell richte sich an den Staat, an die kurz zuvor entstandene Bundesrepublik und an die Länder. Die Charta fordere dazu auf, den

Heimatvertriebenen im Nachkriegsdeutschland dieselben Startchancen wie der nicht vertriebenen Bevölkerung einzuräumen. „Drittens richtet sich die Charta schließlich an die Völker Europas. Fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs fordert sie zu einem friedlichen Zusammenleben in einem freien und geeinten Europa auf“, sagte Rech. Dies sei zu einem Zeitpunkt geschehen, als Europa durch den Kalten Krieg geteilt gewesen sei. Die Heimatvertriebenen hätten sich in dieser Situation das Ziel gesetzt, denjenigen Staaten die Hand zu reichen, aus denen sie keine fünf Jahre zuvor unter unsäglichen Bedingungen vertrieben worden seien. Rech: „Die in der Charta ausgesprochenen Appelle zeugen von einem auf Versöhnung gerichteten und von politischer Weitsicht getragenen Willen der deutschen Heimatvertriebenen.“ Was die Charta jedoch zu einem politisch und moralisch einzigartigen Dokument mache, sei der in ihr manifestierte Wille der Heimatvertriebenen, auf jede Form von Rache und Vergeltung zu verzichten. „Das Recht auf Heimat ist ein elementares Menschenrecht“, betonte Innenminister Rech. Folgerichtig sei das Recht auf Heimat in die Landesverfassung Baden-Württemberg aufgenommen worden.

Begegnungstätte zur Pflege des Kulturguts der Vertriebenen und Aussiedler

Sozialministerin Stewens zum Haus des Deutschen Ostens

„Das Haus des Deutschen Ostens in München ist seit 1970 zentrale Begegnungsstätte zur Pflege und Fortentwicklung des Kulturguts der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler in Bayern. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, den Beitrag der früheren deutschen Staats- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zur gemeinsamen deutschen Kultur zu pflegen und fortzuentwickeln, eine Brückenfunktion zwischen Bayern und Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa wahrzunehmen, deutsche Minderheiten zu unterstützen sowie als Mittler der Verständigung aufzutreten.“ Darauf wies Bayerns Sozialministerin Christa Stewens gestern bei der Eröffnung des „Tags der Offenen Tür“ des Hauses des Deutschen Ostens in München hin. Herzstück und Basis des Wissens sei die Bibliothek des Hauses des Deutschen Ostens. „Mit einem Bestand von mehr als 70.000

Titeln ist diese Spezialbibliothek mit den Sammelschwerpunkten Landeskunde, Volkskunde und Geschichte der deutschen Siedlungsgebiete in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einzigartig. Neben Publikationen zur Deutschlandpolitik, zur Deutschen Frage in der Nachkriegszeit, zu Flucht, Vertreibung, Aussiedlung und Eingliederung finden sich auch Veröffentlichungen zur politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Situation in den Herkunftsländern der Deutschen aus dem Osten“, erklärte die Ministerin.

Stewens: „All das dient dazu, Brücken zu bauen zu den Herzen der Menschen, die aus dem Osten Deutschlands und Europas stammen und ein Teil der bayerischen Bevölkerung geworden sind. Sie geben im Haus des Deutschen Ostens ihrer Herkunft eine Zukunft.“

Zentrale Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland vor dem Berliner Reichstag

Jochen-Konrad Fromme MdB zum 67. Jahrestag der Vertreibung der Russlanddeutschen

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme MdB, hat auf dem 67. Jahrestag der Vertreibung der Russlanddeutschen nach dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 aufmerksam gemacht. In einem schriftlichen Grußwort an die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland betonte MdB Fromme:

„Seit meiner Ernennung zum Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands, gerade aber auch in dem letzten Jahr, ist mir immer deutlicher geworden, wie wichtig diese Gedenktage und das Erinnern ist. Das Erinnern an jedes einzelne Schicksal, das mit der Geschichte der Deutschen aus Russland, wie auch der Geschichte der Vertriebenen verbunden ist. Je mehr ich darüber lese, je mehr ich mit Menschen, die dieses Schicksal erlitten haben, rede, desto klarer zeichnet sich für mich das Gespenst des Schreckens, das Ergebnis diktatorischer Systeme ab.

Immer deutlicher wird mir, dass es nicht die Erinnerung, sondern das Vergessen ist, welches die Gefahren in sich birgt. Das Vergessen ihrer Schicksale, der katastrophalen Ereignisse der NS-Diktatur, wie auch der SED-Diktatur. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Vorsorge zu treffen, dass diese sich nicht wiederholen. Wir müssen die jungen Menschen, die nach dem Krieg geboren sind und das Glück hatten, 60 Jahre Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat zu erleben, mit den Abläufen und Ereignissen des Nationalsozialismus und seinen Folgen konfrontieren. Bei ihnen die Einsicht zu erzeugen, dass Frieden und Demokratie nicht selbstverständlich sind und man sich um deren Erhalt stetig bemühen muss.

Und es sind gerade die Russlanddeutschen, die hier aufgefordert sind zu reden. Sie haben am eigenen Leib erfahren müssen, was es heißt, zwischen zwei Nationen zu geraten, die sich kriegerisch gegenüberstehen.

Plötzlich wurden sie, die über Jahrhunderte hinweg willkommene Arbeitskräfte, Leistungsträger der Gesellschaft waren, zu Staatsfeinden. Und dies nur aus zwei Gründen: sie waren deutscher Abstammung und sie sprachen deutsch. Das, was sie vorher auszeichnete, was für Zuverlässigkeit und Rechtschaffenheit stand – es wurde zum Stigma.

Ihre Loyalität gegenüber Russland wurde mit Füßen getreten. Sie waren nur noch eins: Deutsch, und das stand gleich Hass, Verachtung und häufig Tod.

Mit dem verhängnisvollen Erlass des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 strebten die tragischen Ereignisse einem neuen Höhepunkt zu. 400.000 Menschen wurden kollektiv der Kollaboration mit den Deutschen bezichtigt, entrechtet und nach Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan vertrieben. Viele kamen dort nicht mehr an. Unzählige starben während der Verschleppung oder in den Lagern der Trudarmee.

Und das Leid der Russlanddeutschen sollte noch viele Jahre nach Kriegsende kein wirkliches Ende finden. Der Alltag war geprägt durch Repressalien in der Ausbildung, dem Beruf und der Freizügigkeit. Die deutsche Sprache, ihre Heimatsprache, zu pflegen, wurde fast unmöglich, mussten sie doch mit erheblichen Diskriminierungen rechnen.“

Vertreibungsthema verbindlich an Niedersachsens Schulen

OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer anlässlich der Entscheidung der niedersächsischen Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann, „Flucht und Vertreibung“ mit Beginn des neuen Schuljahres zum verbindlichen Unterrichtsthema zu machen

Die OMV begrüßt die Entscheidung der niedersächsischen Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU), Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, dem Sudetenland und den südosteuropäischen Ländern mit Beginn des neuen Schuljahres zum verbindlichen Unterrichtsthema in den allgemeinbildenden Schulen Niedersachsens zu machen.

Hiermit wird eine langjährige Forderung der OMV Niedersachsen nunmehr in die Tat umgesetzt. Die OMV hatte bereits auf dem Landesparteitag 2004 der niedersächsischen CDU einen Antrag durchgesetzt, in dem die Landesregierung einstimmig aufgefordert wurde, durch eine stärkere Thematisierung von Flucht und Vertreibung der Deutschen mit all ihren Folgen im Schulunterricht, der Geschichte des deutschen Ostens den ihr gebührenden Raum einzuräumen, damit diese nicht dem Vergessen anheim gegeben wird und daraus politische Konsequenzen in der Zukunft gezogen werden.

Herzlich danke ich Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann sowie dem Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, dem Landtagsabgeordneten Rudolf Götz, für ihren Einsatz und die konsequente Umsetzung dieser Forderung. Gerade

der Landesbeauftragte hat sich vehement für die verbindliche Berücksichtigung des Themas im Unterricht eingesetzt. Zu Recht hat Götz kürzlich darauf hingewiesen, dass der Wiederaufbau Niedersachsens nach dem Krieg vor allem durch das Engagement der Heimatvertriebenen ermöglicht wurde. 1,2 Millionen (darunter 800.000 Schlesier) sind damals nach Niedersachsen gekommen. Sie haben nicht resigniert, sondern sich mit Mut und Weitsicht in das gesellschaftliche Leben integriert. Heute hat jede dritte Familie in Niedersachsen einen Vertriebenenbe-



Helmut Sauer

zug. Da die Erlebnissgeneration der Vertriebenen kleiner wird, ist es wichtig, die Erinnerung an die Nachkriegsjahre wach zu halten, denn Freiheit und Frieden müssen von jeder Generation entweder erarbeitet oder bewahrt werden.

„Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist zu begrüßen

Jochen-Konrad Fromme MdB anlässlich des Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung zur Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Es ist ein großer Erfolg von CDU und CSU, dass im Rahmen der Kabinettsitzung am 3. September 2008 die Errichtung einer „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ beschlossen worden ist. Seit dem Jahr 2000 sind CDU und CSU für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin eingetreten. Auf Betreiben der Union wurde das Projekt als „sichtbares Zeichen“ in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Im März diesen Jahres wurde das grundlegende Konzept dazu verabschiedet.

In der von der Bundesregierung nun beschlossenen Konzeption finden sich alle seit langem von CDU und CSU geforderten Ele-

mente wieder. Das „sichtbare Zeichen“ soll die Geschichte der Vertreibungen im 20. Jahrhundert im europäischen Kontext darstellen. Es soll ein Ort der Begegnung und Versöhnung werden und einen Beitrag leisten, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft zu ächten. Die Einrichtung soll außerdem zur weiteren Erforschung von Vertreibungsgeschichte anregen und Erforschtes dokumentieren.

Durch eine hochrangige Einrichtung in staatlicher Trägerschaft und einen breiten Kreis von Beteiligten wird eine Aufarbeitung der Geschichte im Sinne der Verständigung gewährleistet.

60. Bundestreffen der Landsmannschaft der Südmährer in Geislingen

Innenminister Heribert Rech: „Das Bundestreffen ist ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Heimat“

„Ich freue mich, als Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler am 60. Bundestreffen der Landsmannschaft der Südmährer teilnehmen zu können. Nach so langer Zeit darf man mit Fug und Recht behaupten: Ihr Bundestreffen in Geislingen hat Tradition.“ Das sagte Innenminister Heribert Rech am Samstag, 26. Juli 2008, in Geislingen. Es sei ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Heimat und zum Heimatrecht als Menschenrecht. 60 Jahre stünden für eine traditionelle und bis heute lebendige Organisation und Arbeit der Landsmannschaft. Die Landesregierung werde die Verbandsarbeit und kulturelle Veranstaltungen auch weiterhin unterstützen. Das bedeute natürlich auch, finanzielle Hilfe zu gewähren.

Nach sechs Jahrzehnten gehe der Blick zurück in die Vergangenheit. Die unvorstellbar schrecklichen Ereignisse von Flucht und Vertreibung und dem Verlust der Heimat hätten sich tief in das Gedenken an damals eingegraben. Die Heimatvertriebenen hätten hier ein von Krieg, Not und Zerstörung geschundenes Land vorgefunden. Nicht überall seien sie mit offenen Armen empfangen worden. Doch gemeinsam hätten heimatvertriebene Landsleute und Einheimische das vom Krieg zerstörte Land wieder aufgebaut. Diese Aufbauleistung sei eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen suche. Wichtig bleibe

die Erinnerung. Dazu brauche man jedoch auch Orte der Erinnerung. „In diesem Sinne begrüße ich es außerordentlich, dass endlich der Weg frei ist für das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin“, betonte Rech.

Der Rückblick gebiete aber auch, die eingetretenen positiven Veränderungen zu betrachten und einen Blick in die Zukunft zu werfen. Vor 58 Jahren hätten die Vertriebenenverbände in visionärer Weise in ihrer Charta die Hoffnung auf Versöhnung mit den osteuropäischen Staaten ausgesprochen. Damals hätte wohl niemand erwartet, dass diese Staaten nun zusammen mit Deutschland in der Europäischen Union in einer demokratischen Wertegemeinschaft vereinigt sind. In diesen Veränderungen liege eine große Chance für die künftige Arbeit der Landsmannschaft. „Sie sind dabei, im Sinne von Verständigung und Versöhnung Verbindungen in ihre alte Heimat zu knüpfen. Die Öffnung in ihre alte Heimat beginnt Früchte zu tragen“, sagte der Minister. Er sei optimistisch, dass die Bereitschaft der tschechischen Seite zunehmen werde, sich mit den Ursachen und Folgen der Vertreibung auch als eigene Geschichte auseinanderzusetzen. Das beginne auf der lokalen Ebene und reiche bis zu der Frage, wie dieser Abschnitt der Geschichte künftig in den tschechischen Schulbüchern dargestellt werden solle.

Sudetendeutsche loben „Bewegung in starren tschechischen Fronten“

Ausstellungseröffnung im nordböhmisches Aussig

In die starren tschechischen Fronten kommt Bewegung. Wie deutschen und tschechischen Medienberichten im Zusammenhang mit der Ausstellungseröffnung im nordböhmisches Aussig an der Elbe zu entnehmen ist, wächst in der Tschechischen Republik die Bereitschaft zur geschichtlichen Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit von Tschechen und Sudetendeutschen. „Wir erkennen darin ein weiteres Signal zur Überwindung der tiefen Gräben im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis“, betonten der Europaabgeordnete Bernd Posselt als Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Pany, in einer gemeinsamen Erklärung. „Der Weg ist beschritten. Die Aussiger Ausstellung zeigt, dass

ihn immer mehr Menschen guten Willens mitgehen“, so die beiden führenden Repräsentanten der Volksgruppe. Die Sudetendeutschen seien zu Dialog und Aussöhnung bereit und arbeiteten an einer umfassenden Verständigung mit dem tschechischen Volk auf der Grundlage der historischen Wahrheit. „Dabei vertrauen wir auf die bewährte Unterstützung unseres Schirmlandes Bayern“, so Posselt und Pany. Die Sudetendeutschen begrüßten insbesondere die Tatsache, dass der tschechische Außenminister Karl Schwarzenberg in Aussig „unmissverständlich von Vertreibung statt wie andere beschönigend nur von Abschied gesprochen und dass er die grauenhaften Massaker an Sudetendeutschen 1945 in Aussig und in Postelberg mutig beim Namen genannt hat“.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erhält in Breslau Ehrendoktorwürde

Laudatio für „Cancelaria Confoederatae Rei Publicae Germaniae“

Die Polytechnische Universität Breslau hat Bundeskanzlerin Merkel mit dem Titel eines Doktors ehrenhalber ausgezeichnet. Merkel habe sich um die Annäherung zwischen Deutschland und Polen große Verdienste erworben. In ihrer Rede erklärte die Kanzlerin:

„Die deutsch-polnische Verständigung und die Freundschaft zwischen unseren Ländern – davon bin ich zutiefst überzeugt – sind und bleiben herausragend und wichtig und sind mir ein persönliches Anliegen. Ich erinnere mich gut daran, mit welcher Begeisterung nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs neue Kontakte zwischen unseren beiden Ländern geknüpft werden konnten. Es gab ein breites Bedürfnis – sowohl politisch und wirtschaftlich als auch kulturell und privat –, sich näher kennen zu lernen.

Zahlreiche Einrichtungen wurden damals gegründet, die auch heute noch für die deutsch-polnische Verständigung von zentraler Bedeutung sind. Ich denke etwa an die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit oder an das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Erstmals konnte ein öffentlicher und offener gesellschaftlicher Diskurs auch über die schrecklichen Kapitel der deutsch-polnischen Vergangenheit geführt werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur mit einem solchen offenen Diskurs in der Lage sind, eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit zu gestalten. An diesem Dialog haben auch Sie, Herr Minister Bartos-

zewski, und Ihr Amtsvorgänger, Außenminister Skubiszewski, maßgeblichen Anteil. Dafür bleiben wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet.

Aus deutscher Sicht wollen wir mit Polen eine ebenso dauerhafte Verständigung und Partnerschaft wie mit Frankreich erreichen. Hier haben wir schon große Fortschritte gemacht. Darüber bin ich sehr froh. Daran sollten wir weiter anknüpfen. Wir werden zum Beispiel noch in diesem Jahr deutsch-polnische Regierungskonsultationen haben und werden dabei gemeinsame Projekte auf breiter Ebene miteinander besprechen.

Dabei geht es keinesfalls darum, Geschichte zu verdrängen. Im Gegenteil: Nur wer sich seiner eigenen Geschichte stellt, behält auch den Blick offen für die Gestaltung der Zukunft. Deshalb werden wir das von Deutschen an Polen zugefügte Leid stets im Bewusstsein halten. Auch diese Stadt mit dem deutschen Namen Breslau und dem polnischen Namen Wroclaw steht symbolhaft für die bitteren Lehren der gemeinsamen Vergangenheit. Mehr als sechs Millionen Polen verloren durch Deutsche ihr Leben. Millionen von Polen und Deutschen wurden vertrieben oder zwangsumgesiedelt. Da gibt es nichts zu beschönigen, da gibt es nichts zu relativieren. Wir Deutsche müssen und wollen uns dieser Vergangenheit voll und ganz stellen.“

Fehler bei Steueridentifikationsnummer zügig beseitigen

Jochen-Konrad Fromme MdB zu den falschen Eintragungen des Geburtsortes im Rahmen der neuen Steueridentifikationsnummer

Im Rahmen der Einführung der neuen Steueridentifikationsnummer wird unter bestimmten Bedingungen nicht Deutschland, sondern Polen als Geburtsort eingetragen. Das ist der Fall bei Personen, die in den ehemals deutschen Gebieten geboren sind, die jetzt jenseits der Oder-Neiße-Linie liegen, und die ihren Wohnsitz in den neuen Bundesländern haben. Aufgrund der Melderegister der ehemaligen DDR kommt es dann fälschlicherweise zur Eintragung von Polen als Geburtsort.

Die betroffenen Menschen sind jedoch im seinerzeitigen Deutschen Reich als Deutsche geboren. Durch die Darstellung im Rahmen der neuen Steueridentifikationsnummer fühlen sie sich zu

Recht diskreditiert. Das Bundesfinanzministerium wurde von vielen Stellen, einschließlich mir darauf hingewiesen, dass hier dringender Handlungsbedarf gegeben ist, um diese falschen Eintragungen zu berichtigen. Daher ist es zu begrüßen, das Ministerium in Übereinstimmung mit dem Bundesministerium des Innern nunmehr zum einen anerkennt, dass diese Eintragungen falsch sind und dass zum anderen beide Ministerien an einer Lösung des Problems arbeiten. Im Interesse der betroffenen Personen hoffe ich, dass die Korrekturen ohne großen bürokratischen Aufwand und schnellstmöglich vorgenommen werden.

Verdienstmedaille für Otto Klösel - Staatsminister Volker Hoff lobt bürgerschaftliches Engagement für die Interessen der Vertriebenen

Der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Staatsminister Volker Hoff, hat heute Herrn Otto Klösel aus Langen im Namen des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Hoff dankte Klösel für seinen jahrelangen Einsatz für die Interessen der Vertriebenen: „Ihr vielfältiges Engagement auf den verschiedenen Verbandsebenen und Ihr unermüdlicher Einsatz auch bei der Organisation von Veranstaltungen wie dem „Tag der Heimat“ ist ein herausragendes Beispiel für ehrenamtliche Tätigkeit“, so Hoff. „Ohne Menschen wie Sie, die sich aus eigenem Antrieb und Freude an der Arbeit für Ihre Mitmenschen einsetzen, wäre unsere Gesellschaft ärmer.“

Klösel ist seit 1999 Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, Ortsverband Langen, und bereits seit 1995 im BdV-Kreisvorstand als stellvertretender Kreisvorsitzender sowie im Landesvorstand als Landesschatzmeister tätig. Seit 15 Jahren ist Klösel darüber hinaus Referent für das heimatvertriebene Landvolk auf Landesebene. In der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist der 71-Jährige seit 1999 als Stellvertretender Obmann in der Kreisgruppe Offenbach tätig. Mit großem persönlichen Einsatz und einer hohen sozialen Verantwortung betreut Klösel dabei die älteren Mitglieder.

Die Veranstaltungsreihe „Lange Schatten“ des BdV-Frauenverbandes wird in Berlin fortgesetzt – Oktober 2008 bis März 2009

Die inhaltliche Diskussion zu den Themen der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ soll in Berlin durch neue Veranstaltungen des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen (BdV) von Oktober 2008 bis März 2009 lebendig gestaltet werden. Das öffentliche Interesse an der Diskussionsreihe „Lange Schatten“ war schon vor zwei Jahren so groß, dass jetzt weitere Themen angeboten werden. Wieder wird die Reihe in Zusammenarbeit mit der „Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ und der „Bundeszentrale für politische Bildung“ konzipiert. Für die mit namhaften Persönlichkeiten besetzten Podiumsgespräche haben etwa zugesagt: der Historiker Andreas Kossert, die Publizistin Helga Hirsch, Bosiljka Schedlich von der Stiftung ÜberBrücken oder die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach MdB. Die Diskussionsrunden werden ebenfalls von bekannten Journalisten moderiert. Die neue Reihe „Lange Schatten von Krieg, Flucht und Vertreibung. Geschehen, Wirkung, Aktualität“ startet am 16. Oktober 2008, jeweils 18.30 bis 20.30 Uhr im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin. Im Anschluss an die Veranstaltungen gibt es wie gewohnt einen kleinen Empfang. Eintritt 3 Euro. Weitere Informationen unter: <http://www.frauenverband-bdv.de>

Termine und Themen der einzelnen Veranstaltungen:

- 16.10.2008: "Treibgut" des Krieges - interniert in dänischen Flüchtlingslagern
- 13.11.2008: Die übersehene Generation? Kinder des Zweiten Weltkrieges und das Interesse der Enkel
- 18.12.2008: Der schwierige Weg zur Versöhnung. Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn
- 15.01.2009: "Das war einmal ..."? Was uns Krieg, Flucht und Vertreibung heute noch angehen
- 19.02.2009: Krieg, Flucht und Vertreibung als Trauma (Achtung! Ort: Hessische Landesvertretung)
- 12.03.2009: Zeit-Zeugen – zur musealen Überlieferung von Flucht, Vertreibung und Integration

Neue Leitung des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde

Der stellvertretende Direktor des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaften der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Professor Dr. Reinhard Jöhler, übernimmt am 1. September 2008 die Leitung des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen. Er wird Nachfolger des inzwischen pensionierten Universitätsprofessors und bisherigen Institutsleiters Professor Dr. Horst Förster. Innenminister Heribert Rech sagte am Dienstag, 26. August 2008, in Stuttgart: „Ich bin froh, dass mit Professor Dr. Jöhler ein ausgewiesener Kenner des donauschwäbischen Kulturraums für die Leitung des Landesinstituts gewonnen werden konnte. Bei dem anerkannten Ethnologen wird das Haus in guten Händen sein.“ Rech zeigte sich überzeugt, dass die Berufung von Professor Dr. Jöhler dazu beitragen wird, die Stellung des Institutes als Kompetenzzentrum für die Geschichte und Kultur des donauschwäbischen Raumes weiter auszubauen.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Sven Oole (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154